

>> kvvi vogelsang institut

InstitutsMitteilungen 2/2025

Unter Quarantäne

Die Maßnahmen von 14 EU-Staaten gegen Österreich im Jahr 2000

Sehr geehrte Damen und Herren!
Liebe Freunde des Karl von Vogelsang-Instituts!

Im Februar 2000, vor 25 Jahren, führte die Bildung der ÖVP/FPÖ-Bundesregierung unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel zu bislang unbekanntem europäischen Turbulenzen. Alle damaligen Partnerstaaten der Europäischen Union sahen in der neuen österreichischen Bundesregierung eine Gefahr und eine Bedrohung für „europäische Werte“ und die Arbeit der europäischen Institutionen. Sogar die internationale und transatlantische Politik beteiligte sich an dieser leidenschaftlichen Diskussion, die zeitweise den Charakter einer Diabolisierung Österreichs annahm.

Es folgte ein wochenlanges mediales und politisches Kesseltreiben gegen Österreich und seine demokratisch legitimierte Regierung und Institutionen. Die „Sanktionen“ der damaligen Partnerländer behinderten über Monate eine demokratische Mitarbeit Österreichs innerhalb der EU. Darüber hinaus führten die „Sanktionen“ zu einer Verbitterung in weiten Teilen der Bevölkerung gegenüber der EU und den anderen Mitgliedsstaaten.

Die Auseinandersetzung vollzog sich keineswegs entlang der „Parteienfamilien“: Auch zahlreiche christdemokratische und bürgerliche Parteien stimmten in die Forderung einer „Ausgrenzung Österreichs“ mit ein. In Österreich selbst schien es so, als ob die nun in Opposition befindliche SPÖ – die sich als stimmenstärkste Partei nach der NRW 1999 übergegangen sah – eine Zeit lang die „Ausgrenzung“ unterstützen und mittragen würde.

Prof. Mag. Christian Mertens beschreibt die Vorgeschichte, die zu dieser höchst angespannten Situation führte und lässt Protagonisten aller Seiten in Form zahlreicher Quellen zu Wort kommen. Ebenso skizziert Mertens alle Versuche der Bundesregierung Wolfgang Schüssel einen Ausweg aus dieser Krise zu finden.

Das Team des Karl von Vogelsang-Instituts



Unter Quarantäne Die Maßnahmen von 14 EU-Staaten gegen Österreich im Jahr 2000

Als diese Zeilen verfasst wurden, war es noch unklar, ob Österreich eine aus FPÖ und ÖVP gebildete Regierung bekommen wird. Bereits im Vorfeld gab es internationale Stimmen, die Bedenken äußerten – allen voran CDU-Vorsitzender Friedrich Merz, der die mögliche FPÖ-ÖVP-Koalition ein „Desaster“ nannte. Freilich: Mit völkerrechtlichen Maßnahmen gegen das Land und seine demokratisch bestellten Organe wie im Jahr 2000 müsste Österreich dieses Mal nicht rechnen. Mittlerweile gibt es nicht nur die Beteiligung einer Reihe rechts- und linkspopulistischer Parteien an europäischen Regierungen, sondern auch ein klares Procedere, wie im Falle einer tatsächlichen oder vermeintlichen Verletzung von Grundwerten durch ein EU-Mitgliedsland vorzugehen wäre.

[» hier weiterlesen](#)

Über den Autor:

Christian Mertens, Prof. Mag. phil., Studium der Geschichte und Politikwissenschaft an der Universität Wien, freiberufliche wissenschaftliche und journalistische Tätigkeit, 1991-1999 Politischer Referent der ÖVP Wien, seit 1999 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Wienbibliothek im Rathaus; Mit- und Alleinkurator mehrerer Ausstellungen sowie Autor zahlreicher wissenschaftlicher Publikationen.

[Abmelden](#) [Impressum](#) [Datenschutz](#)

Karl v. Vogelsang-Institut
Tivoligasse 73
1120 Wien

Telefon: +43 1 813 42 11-86

E-Mail: kvvi@kvvi.at